

# Ein Therapieplan für den Leonberger Haushalt

Artikel aus der Leonberger Kreiszeitung vom 05.03.2010

Leonberg **Die Verwaltung legt eine Streichliste vor. Der Gemeinderat muss nun darüber entscheiden.** Von Michael Schmidt

Folgt der Gemeinderat Ende April den Vorstellungen der Leonberger Stadtverwaltung, dann könnte mit einer Mischung aus Steuererhöhung und Streichen von freiwilligen Leistungen am Ende ein ausgeglichener Haushaltsplan stehen. Wie mehrfach berichtet, verlangt das Regierungspräsidium, dass alle Ausgaben mit den Einnahmen gedeckt sind.

Der Oberbürgermeister Bernhard Schuler macht keinen Hehl daraus, dass die vorgeschlagenen Einschnitte "über das Maß hinaus gehen, was fachlich gut und vernünftig ist". So sei das Streichen von Innenstadtbuslinien (wie 651 oder 94) ebenso "alles andere als vergnüglich" **wie auch die Schließung aller fünf Leonberger Jugendhäuser.** Auch, dass in der Stadthalle künftig nur noch Fremdveranstaltungen stattfinden, erfreut das Herz des Oberbürgermeisters nicht.

Die Liste verlangt allerdings auch Steuer- und Gebührenzahlern einiges ab: So soll wie bereits am vergangenen Mittwoch in der LKZ berichtet, die "Grundsteuer B" um 100 Punkte erhöht werden, was einem Plus von 25 Prozent entspricht. Für den Eigentümer oder den Mieter einer mittleren Wohnung würde dies pro Jahr ein Plus von 50 Euro bedeuten. Für Einfamilienhäuser stiegen die Steuern um 100 bis 200 Euro.

Aber auch Eltern sollen für Kindergärten tiefer in die Tasche greifen: Im Durchschnitt müssten für einen Kindergartenplatz rund 20 Euro mehr pro Monat bezahlt werden. Und auch die letzte Ruhestätte auf den Leonberger Friedhöfen soll rund 100 Euro teurer werden.

Die meisten Sparvorschläge der Verwaltung greifen erst so richtig vom nächsten Jahr an: Dann soll beispielsweise auch ein sozialverträglicher Stellenabbau von sechs bis acht Stellen in der Stadtverwaltung so richtig zum Tragen kommen. **Ebenso rechnet die Stadt mit einer Reduzierung der Kosten für die Offene Jugendarbeit mit bis zu einer halben Millionen Euro pro Jahr.** Und rund 400 000 Euro spare man jährlich durch den reduzierten Öffentlichen Nahverkehr.

Bemerkenswert ist auch das Wirtschaften mit den Krediten: Weil mit den Sparhaushalten eine deutlich niedrigere Kreditaufnahme als befürchtet erzielt wird, rechnet der Leonberger Finanzdezernent Ulrich Vonderheid mit einer jährlich steigenden Entlastung - bis zu 434 000 Euro im Jahr 2013. Auch der angestrebte aktuelle Schuldenanstieg im Jahr 2010 auf 67 Millionen Euro liegt weit unter der ursprünglichen Planung, die knapp 75 Millionen Euro vorgesehen hatte.

Ein kleiner Lichtblick sind für die Leonberger Verwaltung die Signale bei der Gewerbesteuer: "Es sieht besser aus, als wir erwartet hätten", sagte der Oberbürgermeister gestern bei der Vorstellung des "Haushaltstherapieplans".

In diesem Jahr könnte ein größerer Betrieb, der wie berichtet nun zwei Millionen Euro Gewerbesteuern nachzahlen muss, den Haushalt akut retten. Ansonsten wird von einem "stabilen Ansatz" von 16 Millionen Euro Gewerbesteuer ausgegangen.

Am Zug ist jetzt der Gemeinderat - bis zum 30. März wollen die Fraktionen ihre Vorschläge mit einbringen. Ende April soll der Etat verabschiedet werden.